

Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion setzt sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende ein. Dazu gehört auch die rasche und dauerhafte Integration von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt. Sie plant und organisiert das Verkehrsangebot auf Schiene, Strasse und Wasser. Im Luftverkehr setzt sie sich im Rahmen der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG für eine gute internationale Anbindung des Kantons ein und wahrt die Interessen der Bevölkerung im Lärmschutz. Die Volkswirtschaftsdirektion leistet damit einen wesentlichen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Kantons.

Dienstleistungen für Betriebe und Stellensuchende während der Coronapandemie

Im Amt für Wirtschaft und Arbeit erforderten ein aufgrund der Coronapandemie noch nie dagewesenes Volumen an Kurzarbeitsgesuchen, steigende Arbeitslosenzahlen sowie neue Aufgaben für das Arbeitsinspektorat, das unter anderem für die Kontrolle der Schutzkonzepte in Unternehmen zuständig ist, einen gezielten Einsatz der Ressourcen. Dank Einsatz der Amtsleitung im kantonalen Führungsstab und im Covid-19-Sonderstab des Regierungsrates, war das Amt frühzeitig in bevorstehende Entscheide involviert.

Nach den behördlichen Betriebsschliessungen aufgrund der Coronapandemie meldeten sich in der zweiten Hälfte des Monats März gegen 11 000 Personen neu bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) an. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0.5% auf 2.8%. In den Folgemonaten stieg sie nur noch leicht und verharrte in den Sommermonaten bei 3.2%. Ab November erhöhte sie sich, hauptsächlich saisonal bedingt, erneut leicht und lag Ende Dezember bei 3.5%.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Voranmeldungen für Kurzarbeit der Betriebsschliessungen sehr stark an. Innerhalb eines Monats gingen beim Amt für Wirtschaft und Arbeit rund 30 000 Gesuche für Kurzarbeit ein. Im April des Berichtsjahres befand sich rund ein Drittel der Beschäftigten im Kanton in Kurzarbeit. Im Sommer flachte das Volumen an Kurzarbeitsanträgen und Abrechnungen ab und erhöhte sich im Herbst wieder merklich. Zur Bewältigung der hohen Antragsvolumen setzte das Amt für Wirtschaft und Arbeit auf personelle Verstärkung, Prozessoptimierung und eine neue digitale Unterstützung bei der Verarbeitung der Kurzarbeitsentschädigungen.

Round-Table-Gespräche für Lösungsansätze der stark betroffenen Branchen

Zwischen dem 28. April und dem 14. Mai des Berichtsjahres fanden acht Round-Table-Gespräche für Wirtschafts- und Verbandsvertretende zu unterschiedlichen Themen betreffend die Auswirkungen der Coronakrise statt. Gastgeber waren die Volkswirtschaftsdirektorin und der Finanzdirektor. Härtefallhilfen, Kurzarbeit und Schutzkonzepte waren wiederkehrende Themen. Ziel dieser Treffen war es, branchenspezifische Lösungsansätze zu prüfen und Lösungen anzustossen. Die Gespräche trugen dazu bei, die betrieblichen Herausforderungen der von der Krise und den behördlichen Massnahmen betroffenen Unternehmen besser zu erkennen und entsprechende Lösungsansätze gezielter auf Bundesebene einzubringen.

Berichterstattung zu Grossanlässen gemäss RRB Nr. 489/2012

Aufgrund der Coronakrise konnte die Mehrheit der im Berichtsjahr geplanten Veranstaltungen nicht stattfinden. Insgesamt wurden vier Grossanlässe mit kantonalen Beiträgen von 230 000 Franken unterstützt. 65% des Gesamtbetrages ging an die UCI CX/Radquer WM 2020, die Ende Januar stattfand.

Coronakrise trifft den öffentlichen Verkehr stark

Die Coronakrise hat grosse Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr. Nach Verhängen des Shutdowns im März des Berichtsjahres wurde das Angebot national stark reduziert und ein einheitliches Schutzkonzept für Fahrgäste und Fahrpersonal ausgearbeitet. Da der Bundesrat die Bevölkerung bat, wenn möglich von zu Hause aus zu arbeiten und den öffentlichen Verkehr zu meiden, beschloss die öV-Branche im April, die Abonentinnen und Abonenten im Sinne einer Kulanzlösung mit über 100 Mio. Franken zu entschädigen. Die Maskenpflicht in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs wurde im Juli eingeführt. Im Oktober folgte die Erweiterung der Maskenpflicht auf Bahnhöfe, Perrons und an Haltestellen.

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden drei Volksabstimmungen, mit teilweise erheblichen Auswirkungen auf die Aufgabenfelder der Volkswirtschaftsdirektion statt: Für das «Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich» wurde der Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits mit 62.8% bzw. 63,7% abgelehnt, das Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) wurde mit 52.6% angenommen und die Abstimmung über das Strassengesetz (Änderung vom 18. November 2019; Unterhalt von Gemeindestrassen) wurde von den Stimmberechtigten mit 55.2% angenommen.

Strategie des Zürcher Verkehrsverbundes und neuer Rahmenkredit genehmigt

Im Februar des Berichtsjahres genehmigte der Kantonsrat die Strategie 2022–2025 des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV). Sie ebnete den Weg zur Aufhebung des Nachtzuschlags. Diese erfolgte am 18. Dezember eher unbemerkt, da das Nachtnetz aufgrund der Coronakrise eingestellt und bis Ende des Berichtsjahres nicht mehr in Betrieb genommen wurde. Ebenfalls im Februar wurde der Rahmenkredit des ZVV vom Kantonsrat beschlossen. Wegen der Ertragsausfälle aufgrund der Coronapandemie fällt das Defizit des ZVV im Berichtsjahr deutlich höher aus als budgetiert. Der Kantonsrat genehmigte im Dezember einen Nachtragskredit von 20 Mio. Franken.

Projektierungskredite für Tram Affoltern und Glattalbahnverlängerung Kloten

Der Regierungsrat gab in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres grünes Licht für die weiteren Projektierungen der zwei Stadtbahnvorhaben «Tram Affoltern» und «Glattalbahnverlängerung Kloten». Er bewilligte 16 Mio. bzw. gut 26 Mio. Franken für die Ausarbeitung der Bauprojekte. Diese sollen bis 2024 vorliegen, damit anschliessend der Regierungsrat und der Kantonsrat sowie gegebenenfalls die Stimmberechtigten über den Baukredit befinden können.

Lokführermangel sorgt für Unmut

Im Sommer hatte die SBB unabhängig von der Coronakrise schweizweit mit einem Lokführermangel zu kämpfen. Davon war auch die Zürcher S-Bahn betroffen. Einige Linien mussten bis zum Fahrplanwechsel im Dezember eingestellt werden. Die SBB wurde dafür stark kritisiert.

Coronakrise legt Luftfahrt lahm

Das Coronavirus hat den globalen Flugverkehr in gewissen Monaten des Berichtsjahres beinahe komplett zum Erliegen gebracht. Auch der Flughafen Zürich blieb zu grossen Teilen für fast zwei Monate geschlossen. Prognosen deuten darauf hin, dass es mehrere Jahre dauern wird, bis sich die gesamte Luftfahrtbranche erholen wird.

Stellungnahme zum Postulat Neuausrichtung des Zürcher Fluglärmindex

Mit dem Postulat KR-Nr. 417/2016 betreffend Neuausrichtung Zürcher Fluglärmindex ZFI wurde der Regierungsrat eingeladen aufzuzeigen, wie der ZFI auf die im kantonalen Richtplan vorgesehene Siedlungsentwicklung gemäss Raumordnungskonzept ausgerichtet werden kann. Der Regierungsrat hat im September des Berichtsjahres zum Postulat Stellung genommen. Die angewendete Berechnungsmethodik wie auch der Richtwert werden weiterhin als zweckmässig beurteilt. Handlungsbedarf besteht bei der Berücksichtigung neuer Technologien und damit der künftigen Flottenentwicklungen der Fluggesellschaften. Diese sollen in Zukunft möglichst zeitnah in die Berechnungen des Lärmmonitorings einfließen. Eine Neuausrichtung des ZFI erweist sich hingegen nicht als erforderlich.

Amt für Verkehr wird zum Amt für Mobilität

Technologische Innovationen und gesellschaftliche Veränderungen beschleunigen die Entwicklung der Mobilität. Um sich dieser Herausforderung noch besser stellen zu können, hat der Regierungsrat im August des Berichtsjahres entschieden, das Amt für Verkehr (AFV) neu aufzustellen und in das Amt für Mobilität (AFM) überzuführen. Im Strassenbereich wird das Amt für Mobilität auch in Zukunft für die strategische Planung zuständig sein. Das Tiefbauamt übernimmt die Projekte neu aber bereits ab dem Planungsschritt «Vorstudie». Die bisherigen Aufgaben des Amtes für Verkehrs – dazu gehören unter anderem das Gesamtverkehrskonzept, die regionalen Gesamtverkehrskonzepte, die Richtplanung Verkehr und die Agglomerationsprogramme, die strategische Planung von Strasseninfrastrukturen, die Aufsicht über die Einhaltung der Nachtflugordnung am Flughafen Zürich sowie die Wahrung der Interessen des Kantons Zürich bei Planungen des Bundes – werden im neuen Amt für Mobilität klarer strukturiert. Zusätzlich werden Zukunftsthemen der Mobilität wie Digitalisierung, Dekarbonisierung, Mobilität und Klimaschutz sowie die Infrastruktur der Zukunft gestärkt. Das neue Amt soll technologische Entwicklungen und Innovationen im Personen- und Güterverkehr rechtzeitig erkennen, geeignete Rahmenbedingungen schaffen und Entwicklungen gezielt anstossen. Die neuen Aufgaben des Amtes für Mobilität werden durch Optimierung bestehender Prozesse und ohne den Aufbau neuer Stellen bewältigt.

Erfolgreiche Veloförderung soll weitergeführt werden

Die Koordinationsstelle Veloverkehr (KoVe) setzte das 2010 vom Kantonsrat beschlossene Veloförderprogramm erfolgreich um. Seither ist sie als zentrale Anlaufstelle für alle Velofragen bestens etabliert. Das Förderprogramm, das sowohl Aufbau- als auch ständige Massnahmen umfasste, war wirkungsvoll und die Massnahmen waren gut ineinander verzahnt. Über die vergangenen neun Jahre gelang es, eine hohe Akzeptanz für das Verkehrsmittel Velo, die Veloförderung und die Arbeit der KoVe zu schaffen. Eines der wichtigsten Resultate war dabei die Festlegung des Velonetzplans durch den Regierungsrat (RRB Nr. 591/2016). Um jedoch die gewünschte Verkehrsverlagerung zugunsten des Veloverkehrs gemäss den Vorgaben des Gesamtverkehrskonzepts 2018 zu erwirken, sind noch weitere Anstrengungen in der Veloförderung sowie im Ausbau der Veloinfrastruktur notwendig. Darum beantragt der Regierungsrat mit Beschluss vom 2. Dezember des Berichtsjahres (Vorlage 5671) beim Kantonsrat einen Rahmenkredit für ein Veloförderprogramm 2, das eine nahtlose Weiterführung der Veloförderung sicherstellt und spezifische Massnahmen enthält, die den Bereich «Velo-Infrastruktur» stärker in den Mittelpunkt der Arbeiten rücken.